

Entscheidende Gehaltserhöhungen: Was erwartet uns 2025?

Am 20. Dezember 2024 wurden im Berliner Abgeordnetenhaus wichtige Beschlüsse gefasst, darunter Besoldungsanpassungen und Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer.

Berlin, Deutschland - In einer prägenden Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses wurden entscheidende Beschlüsse gefasst, die besonders für verschiedene Berufsgruppen von Bedeutung sind. So wurde nach intensiven Gesprächen mit dem Regierenden Bürgermeister und anderen Senatoren eine Besoldungsanpassung für Angestellte und Azubis verabschiedet. Ab November 2024 darf sich das Personal über eine Bruttoerhöhung von 275,05 Euro freuen, während sich Azubis über 100 Euro zusätzlich freuen können. Zudem steht ab Februar 2025 eine generelle Erhöhung von 5,9 Prozent bevor, mit einem Mindestbetrag von 140 Euro für alle Beschäftigten, wie [gdp.de](https://www.gdp.de) berichtet.

Erhöhung der Löhne für die Metallindustrie

Parallel dazu haben sich die Löhne in der österreichischen Metallindustrie ebenfalls verändert, da die Gewerkschaften für eine angemessene Anpassung in diesem Bereich sorgten. Ab dem 1. November 2024 steigen die Ist-Löhne um 4,8 Prozent, während die Lehrlingseinkommen um rund 5,4 Prozent angehoben werden. Auch hier greifen die Maßnahmen, um den Auswirkungen der Inflation und der höheren Lebenshaltungskosten entgegenzuwirken. Der neue Mindestlohn in der metallverarbeitenden Industrie beträgt nun 2.518,43 Euro

brutto pro Monat. Die Gewerkschaften, wie PRO-GE und GPA, zeigen sich zufrieden mit dem Ergebnis, das als Beispiel für eine funktionierende Sozialpartnerschaft gewertet wird, wie **finanz.at** erläutert.

Die aktuellen Entwicklungen in beiden Ländern stehen symptomatisch für die Herausforderungen, denen Arbeitnehmer heute gegenüberstehen. In beiden Fällen besteht der klare Wille, den Ton anzuheben und durch stabile Löhne ein Signal der Stärke zu senden. Diese Maßnahme ist nicht nur wichtig für die jeweiligen Angestellten, sondern auch für die positiven Impulse in der Gesamtwirtschaft, die dringend benötigt werden, um das Vertrauen und den Konsum anzukurbeln.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.gdp.de• www.finanz.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at